

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 19.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wagnispreis für Halle und Bernburg 2.20 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser an Feiertagen. — Gratis-Belegungen: Halle'scher Couriers (inkl. Belegungsstellen), 30. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), 2. Band. Zeitungen, Anzeigen-Belegungen, Halle'sche Provinzialblätter, Stenographische (für die junge Welt).

Erste Ausgabe

Einzelhefte für die postbezogene Zeitungsliste oder deren Raum für Halle und Bernburg 20 Pfennig, ansonsten 30 Pfennig. — Bestellen am besten bei volkreichstem Zeitungs- und Buchhandlungsbureau für die Provinz in Halle (Saale) und bei allen bekannten Annoncen-Expeditoren.

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Nebaktionstelephon 8110. Chefredakteur: Dr. Strasser-Friedrich Halle (Saale).

Dienstag, 13. Januar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 8. Telefon 3011. Kurier Nr. 2280. Druck und Verlag von Otto Ehrlich, Halle (Saale).

### Freigesprochen!

Das deutsche Volk ist wie von einem Alldruck erlöst. Zwei Offiziere, davon einer ein altgedienter Oberst, bekannt als durchaus konzipierter Mann, haben nach wochenlangen Befestigungen durch eine verheerete und französische Bevölkerung, nachdem alle Fortstellungen bei der Zivilbehörde vergeblich waren, die pflichtgemäßen Maßnahmen ergriffen, die zur Wahrung der Autorität des Heeres und des Offizierskorps unbedingt nötig waren. Widerstrebend sagten die Reuten aus, die sichlich eine Verurteilung der ungesetzlichen Vorkommnisse verurteilten. Aber es ist ihnen nicht gelungen. Wie alle Welt, so ist auch das Straßburger Kriegsgericht der Ansicht geworden, daß auf die Anklagebank nicht der Oberst von Reuter gehörte, sondern die Behörden, deren Untätigkeit die Dinge so weit kommen ließen. Jetzt wartet die Welt auf diesen Teil des Dramas!

Die gesamte rechtsprechende Presse, ja sogar ein Teil der Liberalen, wie z. B. der „Hannoversche Couriers“, vertreten unbedingt diesen Standpunkt. So schreibt die „Deutsche Tageszeitung“: „Wir glauben, daß heute unzählige Patrioten, daß vor allem das gesamte deutsche Offizierskorps die freigesprochenen Kameraden von ganzem Herzen und mit dem Gefühl einer freudigen Befriedigung beglückwünscht. Wenn unser Volk sich wieder darauf besinnt, daß das Heer doch noch der stärkste Stütz und Stütz in Deutschland ist, dann werden auch die Unertlichkeiten von Zobern uns schließlich zum Segen gewesen sein!“ Die „Kriegszeitung“ hält das Urteil für geeignet, „die Weimurgang“, die durch das erste Urteil gegen den Leutnant von Forstner in weiten nationalen Kreisen entstanden war, zu dämpfen. Es erkennt an, daß Oberst von Reuter sich bei dem Verhalten der Zivilbehörden in einer Zwangslage befand. Bei Herausgabe der Verhafteten wären Fluchtversuche unternommen worden, die zu Ausschreitungen geführt hätten. Die „Welt“ begrüßt das freisprechende Urteil mit den Worten: „Es wäre eine verhängnisvolle Verleumdung alles dessen, was Rechts ist, gewesen, wenn Offiziere, die nach bestem Wissen und Gewissen für die Ehre der Armee eingetreten sind, dafür hätten eine Gefängnisstrafe erleiden sollen. Moralisch verurteilt aber ist die Zivilverwaltung von Zobern und darüber hinaus. Die Zivilgewalt bleibt auf der Anklagebank und wir erwarten nunmehr, daß hier mit derselben Energie eingeschritten werden müsse, wie es militärisch bereits geschehen ist.“ Der „Berliner Lokalanzeiger“ stellt als Hauptschuldigen „jenes journalistischen Sachverständigen hin, der Anführer der ganzen fluchtartigen Hetz- und Mißarbeit gegen Armee und Staatsautorität ist. Wenn unsere Regierung auch fernerhin der Hetz- und Mißarbeit der Demokratie mit schlaffen Händen zuschaut, mag vielleicht einmal eine Truppe befohlen werden, die Bärenlager etwa der Berliner Konfektion am Hausvogteiplatz zu schütten.“ Die „Tägliche Rundschau“ äußert sich u. a. folgendermaßen: „Man schämt sich heute etwas an manchen Orten, daß man sich von der nationalitätlichen und sozialdemokratischen Seite hat überrennen lassen, und wenn nicht der Parteihof und die menschliche Gemütsarbeit, einen öffentlich gemachten Fehler so lange wie möglich zu verteidigen, für viele bestimmend wären, würde man zugeben, daß die öffentliche Meinung Deutschlands sich wieder einmal einige Monate lang von geschickten Drahtziehern hat an der Nase herumführen lassen, daß dem Heere Unrecht geschehen ist und daß die Fehlerquelle in dem System der Zivilverwaltung Elßaß-Rothringen liegt.“

Die Demokratenpresse läßt sich natürlich von ihrer vorgetragenen Meinung nicht abbringen. „Bosliche Zeitung“ und „Vorwärts“ wagen zwar nicht mehr ganz in der tollsten Sprache zu sprechen, die sie vor dem Prozeß für angebracht hielten, aber sie machen doch auch keinen Hehl daraus, daß ihnen die Freisprechung des Obersten von Reuter und die gerichtliche Feststellung desahren Lastbestandes außerordentlich wenig angenehm ist. Nur bei Rudolf Mosse und im „Vorwärts“ setzt man unentgeltlich weiter gegen die „Säbelherrschafft der Soldateska“, und diese Art Presse, die mit einiger Bestimmtheit darauf rechnen kann, daß ihrem Feiertags kein objektives Blatt vor die Augen kommt, fällt dem nicht und schließlich den Verhandlungsbericht ebenso wie die angelegliche Stimmung im Reichsland. Auf eines muß aber schließlich doch noch hingewiesen werden: Das „Berliner Tageblatt“ weiß zu berichten, daß die

„Straßburger Neue Zeitung“ etwas von zwei Telegrammen erfahren haben will, die der Verhandlungsleiter unmittelbar nach der Freisprechung an den Polizeipräsidenten von Zagow und „den Freund des Kronprinzen“, von Eberburg auf Januschau, unter Befugung heraldischer Glückwünsche gerichtet habe. Woher kommt dem Straßburger Demofratenblatt diese Wissenhaft? Wir glauben kaum, daß der Absender oder gar die Empfänger dieser Telegramme dem Rechtsanwalt Dr. Weil in Straßburg, der die sensationelle Meldung in die Welt gesetzt hat, persönlich Kenntnis gegeben haben von diesem Doppelwechsel. Sollten auch in diesem Falle wieder efflässliche Postbeamte unter fahrender Verletzung ihrer Amtspflichten geandert haben? Es scheint doch dringend erforderlich, daß ebenso, wie es in der Zivilverwaltung im Elßaß nun wohl nicht länger wird umgangen werden können, auch in der Postverwaltung einmal „fürchterliche Musterung“ gehalten wird. Denn wenn im Elßaß etwas „standalös“ ist, wie es die demokratische Presse und die Mehrheit des Reichstages mit so ungeheurer Entrüstung behauptet, so kann es, darüber haben die Gerichtsverhandlungen volle Klarheit geschaffen, niemals auf militärischer, sondern nur auf der Seite der Zivilverwaltung liegen.

### Deutsches Reich.

Das Herrenhaus und die Stellung Preußens im Reich.

Das preussische Herrenhaus nahm am Sonnabend die Kunde vom Tode des Abg. Bogalla von Bieberstein entgegen und ehrte das Andenken des Verstorbenen in üblicher Weise. Auf der Tagesordnung stand der Antrag des Grafen Yorck v. Wartenburg betr. die Wahrung der Stellung Preußens im Reich. Graf Yorck v. Wartenburg führte aus, daß das Jubiläumjahr 1913 leider keine neue nationale Begeisterung erweckt habe. Die Demokratie und Krypto-Revolutionäre haben verurteilt, den monarchischen Staat zu schwächen. Sie verlangen Einführung des allgemeinen Wahlrechts und Unterstellung Preußens unter das Reich. Schon Bismarck habe sich aber stets gegen unitarische Verfassungen gewandt. Der Reichstag hatte kein Recht, dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum auszusprechen. Preußens Stellung im Bundesrat dürfe nicht geschwächt, sondern müsse gestärkt werden. Es sei ein Unglück, daß die Stimmen Elßaß-Rothringens nur zählen, wenn sie gegen Preußen abgegeben werden. Der Reichstag habe nur das Recht der parlamentarischen Kontrolle, er habe sich aber das Recht angeeignet, in die Exekutive einzugreifen. Die kleinen Anfragen im Reichstage legen die Gefahr nahe, daß die Subordination im Heere in Frage gestellt wird, denn die Soldaten brauchen sich nur an einen Parlamentarier zu wenden. Injunctisch des Falles Zobern wolle er nur feststellen, daß man sich dort prozogniert füllt über das Reich. „Ich bin ein Preuße“, während ungeniert die Marcellaie gelungen wurde. Dem Reichskanzler könne man nur dankbar sein für sein mannhafes Eintreten für das Heer. Die Demokratie überlese, daß von einer Herrschaft des Parlamentarismus nicht die Rede sein könne, daß dem konstitutionellen Hebel der preussische Staat sein Eigenleben nicht opfern dürfe.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg wies auf die unangenehmen Bemerkungen Bismarck hin, die Stellung Preußens im Reich unverändert zu erhalten. Der Grundgedanke das seien auch unverändert geblieben. Auch er (v. Bethmann) werde niemals Gesetze einbringen, die nicht der Zustimmung des preussischen Staatsministeriums sicher wären. Das Schwenden der Autorität der Reichsgründer müsse aufgegeben werden, aber auch der Selbstauflauf sei ein anderer geworden. Damals handelte es sich um das Reich Preußen veranlaßt, jedermann klar vor Augen. Heute jedoch seien die Parteien oft nur die Vertreter einzelner Interessen. Die innere Struktur Preußens werde von der des Reiches immer verschieden sein. Die Verfassung Elßaß-Rothringens beruhe das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich nicht. Der König von Preußen sei doch auch Deutscher Kaiser. Auch im Zoberner Falle werde Recht auch Recht bleiben. Das preussische Volk sehe in seiner Armee die Förderung seiner Macht und Stärke. Er (Wedner) sehe es als seine Hauptaufgabe an, die Unerschütterlichkeit dieses Volksheeres unter fögnlicher Führung aufrecht zu erhalten gegen jeden Ansturm. Das Preußentum müsse unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, nicht gegen, sondern für das Reich. (Beifall.) Damit schloß die Erörterung.

Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte wird die tamentliche Abstimmung über den Antrag vorgenommen. Sie ergibt 184 Stimmen mit ja, 20 mit nein und 3 Stimmenthalten. Demnach ist der Antrag des Referenten angenommen, die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß der

Stellung Preußens im Reich nicht Alldruck geschieht und eine staatsrechtliche Verflechtung der Einzelstaaten nicht Platz greift. Mit Nein stimmen u. a. Dr. Dernburg, v. Menckesohn, Graf Gafeler, Graf Gütten-Geopaki und die meisten der anwesenden Oberbürgermeister. Nächste Sitzung voraussichtlich im Februar.

### Reichstag und preussischer Landtag.

Die Angabe einer parlamentarischen Vorparlament, die Nichteröffnung des preussischen Landtages durch den Kaiser und König in Berlin hängt mit einer Verleumdung des Kaisers infolge der bekannten Debatten im Reichstage vom 3. und 4. Dezember zusammen, wird uns von gutunterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet. Die Dispositionen für die Landtagsberufung waren bereits vor jenen Dezemberdebatten festgelegt. Die Unterlassung der Eröffnung durch den Monarchen selbst ist lediglich auf Grund des Umstandes erfolgt, daß die Eröffnung der Legislaturperiode bereits vollzogen war, auch der besonderen Umstände halber durch den Ministerpräsidenten.

### Der Frieden zwischen Kerzen und Kassen wieder gefährdet?

Gestern traten die Vertrauensmänner des Reichstages und des Reichstages des Reichstages Verhandlung des und des Geschäftsausschusses des Deutschen Reichstages vereins und des Reichstages an einer Sitzung in Leipzig zusammen, die freilich ein sehr erregtes Verlaufs nahm. Es könne, wie gemeldet wird, darauf leicht geschlossen werden, daß der erst kürzlich aufstehende gestrichelte Friede infolge neuer Differenzen zwischen Kerzen und Kassen arg gefährdet sei. Heute sollen in Berlin neue Verhandlungen im Reichsamt des Innern stattfinden. Die in Leipzig einstimmig angenommene Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Inwieweit die deutsche Wirtschaft unzulänglich und verfallend dem Aufkommen vom 3. Dezember 1913 gefolgt ist, haben die am 1. Januar 1914 in der Handelsbörsen in Leipzig versammelten Vertrauensmänner des Reichstages und des Reichstages mit großem Bedauern davon Kenntnis nehmen müssen, daß bisher die Verengung des Kassenlaufes durch absichtliche Entbindung der ausländischen Kapitalgeber von ihren Kapitalanlagen in mehreren Orten, z. B. in Elbing, Braunschweig, Breslau usw., noch nicht erfolgt ist. Sie erachten die Durchführung des § 11 als eine unbedingte Voraussetzung für den Fortbestand des Reichstages Abkommens und sind der Ansicht, daß, wenn sie nicht schrittweise erfolgt, die Gültigkeit dieses Abkommens auf Grund des Abkommens abgeschlossenen Verträge in Zweifel gestellt ist und ein wichtiger Grund zu ihrer abschnidigen Auflösung vorliegt. Der Geschäftsausschuss des Reichstages und des Reichstages und die Vertrauensmänner des Reichstages werden es auf die höchste Bedauerung, wenn die Verträge dadurch zur Wiederaufnahme des Kampfes gezwungen werden.“

### Zur Emission fremder Werte in Deutschland

(Freitag, 10. Jan. 1914.)

„Mit Rücksicht auf die großen inländischen Ansprüche, die der deutsche Kapitalmarkt in den kommenden Monaten zu befriedigen haben wird, hat der preussische Handelsminister die Emissionskäufer mehrfach hinweisen lassen, daß gegenüber ausländischen Anleihen, für deren Übernahme kein deutsches politisches Interesse oder anderes allgemeines Interesse spricht, die äußere Zurückschaltung zu beobachten ist. Diese Mahnung habe leider nicht überall volle Beachtung gefunden. Was neuerdings bei sich der Handelsminister beanichtigt gesehen, für auswärtige Anleihen, deren Einführung beabsichtigt war, den Emissionskäufern eröffnen zu lassen, daß die Zulassung zu Werten an der Börse nicht unbedingt nicht gestattet werde, wird die Voraussetzungen nicht gegeben seien, unter denen der deutsche Kapitalmarkt jetzt nur zur Verfügung gestellt werden könne. Das deutsche Publikum wird daher gut tun, solchen ausländischen Anleihen gegenüber, die noch nicht zum Vorkommen zugelassen sind, Vorzicht walten zu lassen, damit nicht Kapitalerwerb, von denen es sich früher gezeigt, daß sie an inländischen Börsen nicht befähigt sind.“

### Der Kronprinz über seine Abberufung aus Danzig.

Ein Mitarbeiter der „A. Z.“ wurde Sonnabend vormittag vom Kronprinzen zu einer Unterredung über die Vorgeschichte der Abberufung aus Danzig empfangen. Darin erklärte der Kronprinz alle Gerüchte, wonach seine Verlegung auf Unstimmigkeiten mit seinen Vorgesetzten in Danzig zurückzuführen sei, als vollständig grundlos und sagte u. a.:

„Als ich das Kommando der ersten Beschießungen in Danzig übernahm, war bereits meine spätere Verwendung im Generalstab in Aussicht genommen. Nach den Wünschen des vergangenen Herbstes sollte ich nach Berlin kommen, daß jedoch, noch ein Jahr in Danzig bleiben zu dürfen. Das wurde mir auch ausdrücklich gelistet. Am 2. Dezember erhielt ich dann aber das Kommando zum Generalstab, das der Reichsamt es für notwendig hielt, daß ich mit Rücksicht auf die Zeitlage mich schon jetzt über die höhere Truppenführung informierte. Ich werde ja im gegebenen Falle ein größeres Kommando führen, als das meinigen. Die Aufstellungen über meine Beziehungen zu meinen Vorgesetzten in Danzig sind überaus klar und der Stadt Danzig und zur eigenen Befriedigung stellen mich aber auch als unbedenklichen Menschen hin. Ich kann diesbezüg-



Wegung zu Wurfen bez nach ihrer Handlung gefangen genommenen Türken.

Rom, 10. Januar.

Die „Agencia Stefani“ bemerkt entschieden die Meldung eines Berliner Blattes aus Stuttgart, daß Italien die Expedition für einen mahomedanischen Fürsten von Albanien unternimmt habe.

Wien, 11. Januar.

In den letzten Tagen kam es bei Paris, sechs Stunden von Elbhorn entfernt, zwischen Anhängern Oskar Schachts und ihnen entgegengesetzten Genarmeeangehörigen zu Schamüheln, die aus heute noch fortbauerten.

Wien, 12. Januar.

Gestern begann vor dem Kriegsgerecht die Verhandlung gegen Valiz Aga sowie gegen sechs türkische Offiziere und fünf Bandenführer, die vergangene Woche auf dem Dampfer „Razan“ mit 800 Mann in Salona eingetroffen waren, um hier eine nationalistische Bewegung anzuführen, deren Ziel die Erhebung eines mohamedanischen Fürsten auf den albanischen Thron war. Auch einige Zivilpersonen, die kompromittiert sind, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Den Vorsitz im Kriegsgericht führt der Genarmeerittmeister Oberst Beer. Aufser den Offizieren gehören dem Gericht auch drei Zivilpersonen an. Die Verhandlungen sollen in 5-6 Tagen zu Ende geführt werden.

### Die schwierige Lösung der Inselfrage.

Wie verlautet, hat die Forste an ihre Vertreter im Auslande ein Zirkular gerichtet, in dem sie an ihren Vorbesitz erinnert, als sie das Schicksal der Inseln den Großmächten anvertraute, und hervorhebt, daß die Zuweisung von Gios und Mytilene an Griechenland die othmanischen Reformen beeinträchtigen und die Ruhe auf dem anatolischen Kontinent und den Handel in Smyrna gefährden könnte. Die Forste lehne die Verantwortung für die bösen Folgen ab, falls die Mächte Entscheidungen treffen würden, die den Interessen der Türkei zuwiderläufen.

### Der Eingeborenenzustand in Transvaal.

Die ungesunde Gefahr, in welcher die weiße Bevölkerung Südafrikas gegenüber der gewaltigen Ueberzahl von schwarzen Einwohnern steht, wird deutlich gemacht durch folgenden dramatischen Bericht über den Eingeborenenzustand von Jagersfontein, den uns der Draht wie folgt übermittelt:

Die Erhebung der eingeborenen Arbeiter von Jagersfontein, die dem Wajutos Stamme angehören, wurde durch den Tod eines Wajutos herbeigeführt, der, wie behauptet wurde, an den Folgen eines Fieberfiebers starb, den er von einem Weissen erhalten habe. Die Wajutos bemängelten die Arbeit, bewaffneten sich und verlangten die Verhaftung des Weissen. Der Vermittler der Einfriedigung, in der die Wajutos wohnen, versuchte vergebens zu vermitteln. Die Wajutos zerfielen alle, was ihnen unter die Hände kam, rissen auch die Einfriedigung nieder und zündeten das Weid, das zur Beschäftigung der Weissen bestimmt war. Jetzt bewaffneten sich alle Weissen mit Flinten und anderen Waffen. Als die Wajutos die Einfriedigung verließen, um die Stadt zu flüchten, verfolgten ihnen die Weissen den Weg. Die Wajutos griffen an, worauf die Weissen Feuer gaben. Mehrere Wajutos fielen. Die Wajutos schrien von Tollheit ergriffen zu sein. Sie versuchten beständig gegen die Stadt vorzudringen, wo die Frauen und Kinder in ihrer Gewalt gewesen wären. Die Weissen mußten immer wieder auf die Andringenden feuern. Schließlich wurden die Wajutos bis zu ihrer Resignation zurückgetrieben. In der Stadt folgte eine Panik, da die Frauen wußten, daß Tausenden von Wajutos nur 150 Weisse gegenüberstanden. Viele Frauen mit ihren Kindern flüchteten in Büschern, aber nur nach Baureimlich, während bewaffnete Männer von den Weissen herausgelockt oder in Automobilen eingefangen, um den Weissen zu helfen. Sonntag vormittag traf eine Abteilung Truppen mit zwei Geschützen ein. In der Reservation der Wajutos herrscht jetzt Ruhe.

Das Amtsblatt in Pretoria veröffentlicht eine Proklamation, die sämtliche waffenfähigen Bürger in Natal und Orange an den Waffen ruft. Viele

Streitkräfte werden zusammen mit den durch die vorgestrichene Proklamation mobil gemachten auf ungefähr sechzigtausend Mann geschätzt. Das befristet den hohen Ernst der Lage. In Pretoria ist man denn auch überzeugt, daß die Regierung sich mehr einer revolutionären als einer bloßen Aufstandsbewegung gegenüber befindet. In Johannesburg verließen Polizeibeamte den Sekretär des Arbeiterverbandes in einer Verammlung von Ausländern zu verhaften, aber die Menge verhinderte es.

Nach einer weiteren Meldung aus Pretoria bildet sich die Bürgerwehr von Transvaal mit außerordentlicher Schnelligkeit. Die Mannschaften der verschiedenen Regimenter üben den Nachdienst innerhalb von Johannesburg und Pretoria aus und besetzen die strategisch wichtigsten Punkte der Eisenbahnen. Es befristet sich immer mehr die Meinung, daß die Regierung sich mehr einer revolutionären als einer bloßen Aufstandsbewegung gegenüber befindet.

Wir verzeichnen noch folgende Telegramme, die im Laufe des heutigen Vormittags bei uns einliefen:

Johannesburg, 10. Jan. Der Gewerkschaftsverband empfiehlt den Generalstreik und läßt bis Dienstag darüber abstimmen.

Johannesburg, 10. Jan., 8 Uhr 30 Min. abends. Die Stadt gewinnt das Aussehen einer Stadt im Lagerungsstadium. Kanoniere, Infanterie und Polizei ist überall zu sehen. Truppenkontingente sind an den strategischen Punkten aufgestellt. Die Weissen sind vollkommen Herren der Lage.

Johannesburg, 12. Januar. Man schätzt, daß nach Ankunft aller Aufgebote etwa 12 000 bis 15 000 Mann im Witwatersrand unter den Waffen stehen. Die Postbefehle gegen die Streikführer Bain und Malon sind noch nicht ausgeführt worden. Die Beamten der Gewerkschaften trafen ausgedehnte Vorlesungen, um ihre Verhaftung zu verhindern.

Pretoria, 10. Jan. Das Kriegsrecht wird morgen mittag verkündet werden. Die Polizei ist mit 1800 Mann stark, in den Waffen gerufen worden; ihre Mobilmachung ist im Gange.

Kapstadt, 11. Jan. Eine Abteilung der Bürgerwehr bewacht die Docks. In Johannesburg herrscht Ordnung, drei Büge aus der Kapkolonie sind angekommen.

Kapstadt, 11. Jan. Große Abklärungen der Bürgerwehr schlugen die Hauptbahnen und die anderen Hauptstellen. Eine Verammlung der Streikenden in Johannesburg forderte die Regierung auf, sofort zu demissionieren, und richtete an die Kaiserliche Regierung die Bitte, die Verwendung von Kaiserlichen Truppen nicht zu gestatten.

Kapstadt, 11. Jan. Ein Telegramm des Generaldirektors der Eisenbahnen aus Johannesburg meldet, daß ein Teil der Mitglieder des Eisenbahninstitutes die Arbeit wieder aufnehmen wolle. Die Leute hätten die Arbeit bereits wieder aufgenommen. Der Direktor hofft, daß es möglich sein wird, morgen den normalen Dienst aufrecht zu erhalten.

### Die Rebellen Herren des ganzen Nordens von Mexiko.

Eine Depesche aus Mexiko meldet, daß die mexikanischen Rebellen um Sonnenuntergang Dzinaga, das von Bundesstruppen besetzt war, angriffen. Da diese nur 50 Soldat für den Platz besaßen und ihre Niederlage unausweichlich war, räumten sie den Platz. Der Schicksal machende, General Mercedo, überschritt den Rio Grande und ergab sich dem Befehlshaber der Vereinigten Staaten-Truppen; alle Bundesstruppen verließen daselbe zu tun, hatten aber in der Dunkelheit Schwierigkeiten, so daß über den Verbleib des größten Teils von ihnen noch nichts bekannt ist. Nach diesem Erfolge sollen die Rebellen Herren des ganzen Nordens von Mexiko sein.

Einem weiteren Telegramm aus Mexiko zufolge haben die Anführer unter dem Befehl des Generals Villa Sonntag abend um 10 Uhr Dzinaga eingenommen.

### Ausland.

Die türkisch-serbischen Friedensverhandlungen gelichtet.

Die türkisch-serbischen Friedensverhandlungen werden in diplomatischen Kreisen Konstantinopels als abgeschlossen betrachtet. Die Delegierten sind seit zwei Wochen nicht zu Verhandlungen zurückgetreten. Von serbischer Seite wird erklärt, daß diese Unterredungen veranlaßt seien durch neue Forderungen der Türkei in Fragen, die schon dreimal besprochen und angenommen worden seien. So seien die Fragen der Nationalität der Balkan- und der muslimanischen Gemeinden noch kritisch. Die serbische Regierung sei entschlossen, diese Frage im Wege der Selbsterfüllung der Türkei gegenüber zu übernehmen.

### Die große türkische Alliance.

Schreib Zeit ist am Sonntag von Konstantinopel nach Paris abgegangen, um die Verhandlungen über die große Alliance zu Ende zu bringen.

### Italien und Griechenland.

Der italienische Minister des Auswärtigen, Marchese di San Giuliano, hatete Sonntag nachmittag den griechischen Staatspräsidenten Venizelos einen Gegenbesuch ab. Die Minister hatten eine längere Besprechung. Danach besuchte Ministerpräsident Venizelos das Pantheon, abends begab er sich ins Quirinal, wo er vom König empfangen wurde; nach der Audienz wurde er vom König zum Diner geladen, an dem der diplomatische Stab teilnahm. Venizelos verließ Sonntag nachmittag nach Paris, wo er sich sechs Tage aufhalten wird. Von dort aus wird er sich nach London begeben. In einer Unterredung mit einem Redakteur des „Giornale d'Italia“ erklärte der griechische Ministerpräsident, er sei besonders gerührt durch den ihm in Rom nicht nur in amtlichen Kreisen, sondern auch von der Bevölkerung bereiteten Empfang.

### Durch unterirdische Gänge entkommen.

Die in Coimbra in Einzelhaft gehaltenen portugiesischen Staatsgefangenen Major Montes, die Hauptleute Nolas und Feiga Ferreira, Leutnant S. Ferreira, Dr. Cordeiro Ramos und der Richter Vieira, sowie Vasco Belmonte und Arthur Barcellos sind durch unterirdische Gänge entkommen und haben sich nach dem Dorfe Celaz gemant.

### Verlustreicher Kampf.

Der Gouverneur von Portugiesisch-Guinea telegraphierte der portugiesischen Regierung: Die Portugiesen schlugen die Eingeborenen, die hierdurch einen Offizier und mehrere Soldaten getötet hatten. Die Eingeborenen flüchteten unter großen Verlusten. Auf portugiesischer Seite betrug der Verlust 7 Tote und 27 Verwundete.

### Aufhebung des chinesischen Parlaments.

Ein Erlass des Präsidenten Yuanshikai ordnet die Auflösung des chinesischen Parlaments an.

### Kongresse und Ausstellungen.

H. Eine internationale Ausstellung von Kunden aller Nationen, veranstaltet vom Deutschen Schiffer-Club (E. B.), soll zeitlich, findet am 12. und 13. April (Etern) in der Reichshalle der Hirschgasse in Leipzig-Eitzsch statt. Der Klub gehört der ältesten hydrologischen Vereinigung, der Delegierten-Kommission an; die Veranstaltung wird von dieser unterstützt und nach ihren Regeln abgehalten; die Ausstellung vertritt daher einen recht sportlichen Charakter. Auskünfte erteilt der Ausstellungsgleiter Schifferdirektor Joh. Schme, Leipzig, Trautzschstr. 4.

### Verantwortlich:

für Politik: Rechtsanwält Dr. Straffer; für Deutsches Reich, Ausland und Vermischtes: W. Gehling; für Österreich, Großbritannien, Rußland und Kongress: G. Wickauer; für Provinz, Handel, Gewerbe und Kugemeines: G. B. Rohmann; für den Angelegenheit: P. Kersten; Schulverwaltung: A. Bernward, sämtlich in Halle (Saale).

Sprechstunden für Politik und Theater von 8 bis 11 Uhr, für alle übrigen Abteilungen von 8 bis 11 Uhr vormittags. Alle die Redaktionen betreffenden Angelegenheiten sind nicht persönlich oder an die Expedition bezug, den Betrag, sondern lediglich an die

„Redaktion der Halleischen Zeitung in Halle (Saale)“ zu richten.

# Inventur-Ausverkauf

## Grosse Auswahl Damen - Paletots, Kostüme, Blusen, Pelz-Mäntel, Mufftaschen, Kleider u. Unterröcke, Mädchen-Kleider u. Knaben-Anzüge.

### Off weit über die Hälfte ermässigte Preise.

Netto Barverkauf.  
Kein Umtausch.  
Keine Auswahlendungen.

# A. Huth & Co.

Halle a.S.  
Or. Steinstr.  
und Markt.













